

# „Die Unis sollten den Zugang selbst regeln dürfen“

**Heinrich Schmidinger**, Rektor der Uni Salzburg und Präsident der **Universitätenkonferenz (Uniko)**, über Unis im politischen Out, frustrierende finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen und eine Vision.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll

STANDARD: Sie werden im Herbst nicht mehr antreten als Präsident der **Universitätenkonferenz**. Sind Sie nach zwei Amtsperioden entnervt, dass de facto nichts weitergegangen ist in der Uni-Politik?

**Schmidinger:** Diese vier Jahre waren für mich eine große Anstrengung, nicht nur das häufige Hin- und Herfahren zwischen Salzburg und Wien. Sie haben gewaltig gefordert. Keiner meiner Vorgänger hat länger als vier Jahre amtiert, da will ich nicht aus der Reihe tanzen. Aber ich gebe auch zu, dass ich irgendwo meines Einsatzes müde geworden bin, weil ich die Situation der Unis in Österreich nicht wirklich ändern konnte.

STANDARD: Warum ist das so?

**Schmidinger:** Die Ursachen sind zum einen die politischen Bedingungen, die immer nur Kompromisse zulassen, aber keinen größeren Sprung nach vorne. Zum anderen ist es die finanzielle Situation. Es kommt einmal da etwas dazu, dann dort, aber grundsätzlich ändert sich an ihr nicht wirklich etwas. Und es gibt einen dritten Punkt: Die 21 Universitäten, die in der Uniko beisammen sind, stehen immer mehr in Konkurrenz zueinander. Das Finden gemeinsamer Positionen wird immer schwieriger.

STANDARD: Sind die Universitäten also auch bloß Föderalisten, wie es sie in Österreich in so vielen anderen Bereichen gibt – nicht zur Zusammenarbeit fähig oder willens?

**Schmidinger:** Es gibt große Bemühungen der Kooperation der Unis untereinander, sogar sehr gut funktionierende, etwa in Graz und natürlich auch anderswo. Die Konkurrenzsituation ist durch die Autonomie der Universitäten mitbedingt. Dazu kommen die jeweiligen Standorte, die ebenso ausschlaggebend sind.

STANDARD: Sie sagten vor kurzem: „Die Unis spielen in der politischen Welt eine neugeordnete Rolle. Es ist immer etwas anderes wichtiger und aktueller.“ Sehen Sie Zeichen, dass sich das ändern könnte?

**Schmidinger:** Nein, ich sehe diese

Perspektive offen gestanden nicht. Dies ist mit ein Grund, warum ich meine Uniko-Funktion nicht weiter ausüben möchte.

STANDARD: Führen Sie diesen Stillstand auch darauf zurück, dass das Wirtschaftsressort mit dem Wirtschaftsministerium fusioniert wurde und es mit Reinhold Mitterlehner einen Minister gibt, der nicht nur für die Unis sprechen soll, sondern auch für das Großressort Wirtschaft, und der dazu noch als Parteichef und Vizekanzler dauernd schauen muss, dass die Koalition nicht in die Luft fliegt?

**Schmidinger:** Man muss das differenziert sehen. Es war sicherlich im vergangenen Jahr ein politischer Vorteil für die Unis, dass der Wissenschaftsminister zugleich der Wirtschaftsminister, der Vizekanzler und der ÖVP-Chef ist.

STANDARD: Inwiefern?

**Schmidinger:** Ich bin ganz sicher, dass wir die zusätzlichen 615 Millionen Euro für 2016 bis 2018 nicht erhalten hätten, wenn er nicht in dieser Funktionsfülle darauf gedrängt hätte, dass die Unis Geld dazubekommen. Das muss man einfach sagen: Er selbst setzt sich sehr ein. Nur, bei diesen vielen Funktionen kann es sich letztlich nicht ausgehen. Deshalb habe ich die Sorge, dass die Universitäten irgendwann auf der Strecke bleiben. Ich war von Anfang an für ein eigenes Wissenschaftsressort und bin es noch. Ich glaube, dass die absehbare Entwicklung mir recht gibt.

STANDARD: Soll es nach der nächsten Wahl also wieder ein eigenes Wissenschaftsministerium geben?

**Schmidinger:** Ja, unbedingt.

STANDARD: Besagte 615 Millionen schmelzen wie Butter in der Sonne, weil die Unis damit immer mehr finanzieren müssen, was ursprünglich gar nicht ausgemacht war. War das eine Mogelpackung?

**Schmidinger:** Eine Mogelpackung wäre es gewesen, wenn von Anfang an die Absicht dazu bestanden hätte. Das kann ich nicht erkennen. Faktum ist aber, dass sich



Heinrich Schmidinger hört als Uniko-Vorsitzender auf: „Ich bin meines Einsatzes müde geworden.“

Foto: APA / Herbert Neubauer

gleich nach der Einigung zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium Ende 2014 herausgestellt hat, dass Zusätzliches finanziert werden muss, wovon vorher nicht die Rede war, etwa die rund 100 Millionen Euro für die Umsetzung des Ärztarbeitszeitgesetzes.

STANDARD: Dieses Geld deckt nicht einmal laufende Kostensteigerungen und Inflation. Wo wird das universitäre Streichkonzert ansetzen?

**Schmidinger:** Das ist momentan Gegenstand der Verhandlungen über die Leistungsvereinbarung mit jeder einzelnen Universität.

STANDARD: Wo werden Sie in Salzburg Abstriche machen müssen?

**Schmidinger:** Wir werden sicher im Personalbereich zurückfahren müssen. Dort fallen mit Abstand die meisten Kosten, über 80 Prozent, an. Wenn ich das Budget im Griff behalten will, geht es fast nur an dieser Stelle.

STANDARD: Wie viel Prozent des Personals müssen Sie abbauen?

**Schmidinger:** Das kann ich erst sagen, wenn ich weiß, wie viel Geld definitiv zur Verfügung stehen wird. Davon hängt es ab. Wir sind im Übrigen angehalten, jedes Jahr ein ausgeglichenes Budget zu erwirtschaften.

STANDARD: Irgendwie entsteht der Eindruck, die **Rektorinnen und Rektoren** beschwerten sich zwar

stetig über die unbestrittene Unterdotierung der österreichischen Universitäten, aber wirklich auf den Tisch hauen tun sie dann doch nicht. Warum so zurückhaltend, gebracht hat es Ihnen ja nichts?

**Schmidinger:** Ich glaube schon, dass wir immer wieder auf den Tisch gehauen haben. Es hat jedoch nichts gebracht. Die finanzielle Situation bleibt die, die sie ist. Dann wird uns auch immer gesagt, dass wir einer der wenigen Bereiche seien, die noch einen finanziellen Zuwachs haben. Irgendwann muss man diese Situation zur Kenntnis nehmen.

STANDARD: Rund um die finanzielle Situation wird früher oder später, wahrscheinlich bei der nächsten Regierungsbildung, wieder ein Thema auf den Tisch kommen: Studiengebühren. Wäre das eine Geldquelle, die Sie anzapfen möchten?

**Schmidinger:** Ich kann hier nicht für die Uniko sprechen. Dazu haben wir unterschiedliche Meinungen. Ich persönlich war immer für Studiengebühren und bin mir sicher, dass durch sie die Situation der Unis entlastet würde, sofern das Geld nicht wieder woanders abgezogen wird wie beim letzten Mal. Selbst wenn man bei den früheren Beträgen bleiben würde – knapp 380 Euro im Semester, das fände ich akzeptabel –, ergäbe sich ein erheblicher Unterschied. Für die Uni Salzburg beispielsweise acht Millionen Euro pro Jahr.

STANDARD: Im novellierten Uni-Gesetz wurden keine neuen Zugangsregelungen verankert. Das war in der Koalition nicht verhandelbar. Sind Sie damit zufrieden?

**Schmidinger:** Ich bin froh darüber und erleichtert, dass es jetzt so gekommen ist, denn es stand ja auch im Raum, sämtliche Zugangsregelungen wieder zu streichen. Da hätten wir nicht mehr gewusst, wie damit umgehen. Natürlich würde ich mir als Vision wünschen, dass eines Tages die Frage des Studienzugangs an den Kapazitäten der Universitäten festgemacht wird und jede Universität dort Zugangsregelungen setzen kann, wo sie ihre Kapazitäten überschreitet oder die Betreuung der Studierenden nicht mehr gewährleisten kann.

STANDARD: Die Unis sollten also ermächtigt werden, dass jede einzelne abgestellt auf ihren Standort selbst den Zugang regeln kann?

**Schmidinger:** Ja. Die Universitäten sollten den Zugang selbst regeln dürfen. Das ist ja auch international üblich. Ich halte dies für das Vernünftigste.

**HEINRICH SCHMIDINGER** (61) studierte Philosophie und Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, habilitierte sich an der Uni Innsbruck im Fach Christliche Philosophie und ist seit 2001 Rektor der Universität Salzburg bzw. seit 2011 Präsident der Universitätenkonferenz (Uniko).

## KURZ GEMELDET

### Zahl der Pflegebedürftigen im Juni minimal gestiegen

**Wien** – Die Zahl der Pflegegeldbezieher ist im Vergleich zum Vorjahr erneut – aber nur minimal – gestiegen. Im Juni erhielten laut Sozialministerium 449.414 Personen Pflegegeld, insgesamt waren 455.705 pflegebedürftig – um 0,38 Prozent mehr als im Juni des Vorjahres. Im Vergleich zum Vormonat blieb die Zahl der Pflegebedürftigen mit plus 0,06 Prozent quasi konstant. (APA)

### Niessl lobt den „Schwung“ seiner rot-blauen Koalition

**Eisenstadt** – Einen Monat nach dem Start der rot-blauen Koalition im Burgenland zeigt sich Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) höchst zufrieden. Er findet, die vierte Legislaturperiode in seiner Amtszeit sei „jene, die mit dem meisten Schwung, mit der intensivsten Arbeit gestartet ist“. (APA)

## Alte Kuren und neue Ausweiskontrolle in Kritik

Hauptverbandschef gegen „Quasiurlaub“ – Ärztepräsident kritisiert Generalverdacht

**Wien** – Sie leitet sich vom Lateinischen „cura“ ab, was so viel heißt wie Sorge, Fürsorge oder Pflege. Die Kur. Für den Geschmack des Vorsitzenden des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger, Peter McDonald, enthält sie heute jedoch etwas zu viel Fürsorglichkeit und mutet eher wie ein Relikt aus dem vorigen Jahrhundert an: „Dieses Konzept der alten Kur ist sicher nicht mehr zeitgemäß“, sagt er im neuen Profil.

Darum solle dieses System modernisiert werden: „Wir wollen das Konzept Kur wegbringen vom subventionierten Quasiurlaub. Wir wollen weg vom alten Kurgedanken der Adelszeit und hin zu stärkerer Gesundheitsvorsorge.“ Eine Kur koste 1900 Euro, diese „Investition für die Versicherungsgemeinschaft“ müsse sich lohnen.

Der Hauptverbandschef kritisierte die Vollkaskotalität der Österreicher im Gesundheitsbereich, lehnt aber laut *Presse* Sanktionen für ungesundes Leben ab. Er sei „ganz klar gegen eine Straf- und Bevormundungsgesellschaft“ sowie gegen Schnitzelverbot und Fastfood-Steuern, „aber ich bin klar dafür, dem Einzelnen mehr zu vermitteln, dass jeder selbst den ersten Beitrag für seine Gesundheit leistet“, sagte McDonald.

### „Legitime“ Streikdrohung

Gegen Bevormundung anderer Art wehren sich indes die Ärztinnen und Ärzte. Kammerpräsident Artur Wechselberger kündigt Protestmaßnahmen gegen die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen gegen Sozialbetrug im Gesundheitswesen an. Man werde

die Bevölkerung informieren, dass der Staat Patientinnen und Patienten beim Arzt zur Ausweisleistung auffordere – und das in einem Land, in dem es keine Verpflichtung gebe, einen Ausweis mit sich zu führen. Um E-Card-Missbrauch zu verhindern, ist ab 1. Jänner 2016 in Spitalsambulanzen und bei niedergelassenen Ärzten für ihnen nicht bekannte Patienten Ausweispflicht vorgesehen. Außerdem werden zur Überprüfung ärztlicher Leistungsverrechnungen Testpatienten (Mystery-Shopper) in Praxen geschickt. Damit würden aber alle Ärzte und die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt, kritisiert Wechselberger, der Protest bis hin zu Ärztestreiks für grundsätzlich „legitim“ hält. (nim, APA)

Pro und Kontra Seite 16

## EU-Vergleich: 14 gut bezahlte Karenzmonate wären Idealvariante

**Wien** – In Österreich wird gerade über eine Reform des Kinderbetreuungsgeldes verhandelt. Dabei ist ein Punkt die geringe Väterquote. Während hierzulande nur rund 20 Prozent der Väter nach der Geburt in Karenz gehen, sind es etwa in Island mehr als viermal so viele (84 Prozent). Warum ist das so?

Die Forscherin Helene Dearing vom Institut für Sozialpolitik der WU Wien wollte wissen, wie Elternkarenzmodelle aussehen müssen, um Väter in die Kinderbetreuung einzubeziehen und Mütter möglichst gut in die Erwerbsarbeit zu integrieren. Das Ergebnis ihrer Analyse von 27 Karenzmodellen in Europa: Ideal wären 14 gut bezahlte Monate Karenz, bei der ein signifikanter Anteil für Väter reserviert ist, berichtete Ö1 am Sonntag. (red)